



Flüchtlingsrat
Niedersachsen e. V.

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl in Niedersachsen



Inhaltsverzeichnis

Aufnahme und Unterbringung von Asylsuchenden.....	3
Aufnahme von Flüchtlingen im Resettlement-Programm.....	5
Aufnahme von Asylsuchenden und Flüchtlingen aus EU-Mitgliedstaaten	5
Umsetzung des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG)	7
Arbeit und Teilhabe für Flüchtlinge.....	9
Medizinische Hilfe für Menschen ohne Aufenthaltsrecht.....	13
Unionsbürger in prekären sozialen Lagen angemessen unterstützen.....	15
Humanitäres Bleiberecht.....	17
Lebenssituation junger Flüchtlinge	20
UN-Kinderrechtskonvention umsetzen.....	22
Reform der Härtefallkommission (HFK).....	24
Mitwirkungshandlungen im Verwaltungsverfahren	26
Abschiebungshaft	28
Abschiebungen.....	28
Strukturen zur Förderung des zivilgesellschaftlichen Engagements stärken.....	30

Aufnahme und Unterbringung von Asylsuchenden

Die Aufnahme und Unterbringung von Asylsuchenden ist eine bundesgesetzlich geregelte Verpflichtung (nicht nur) des Landes Niedersachsen.

Wir erwarten von der neuen Landesregierung, dass sie sich bei der Aufnahme von Flüchtlingen von einem Konzept leiten lässt, das folgende Leitlinien enthält:

- Bereits während der (gesetzlich vorgesehenen) Zeit der Erstaufnahme (bis zu drei Monate) sollten Asylsuchende Sprachunterricht, Integrationshilfen sowie Unterstützung für die Anerkennung, Sicherung und Erweiterung vorhandener Qualifikationen erhalten.
- Eine Verteilung auf die Kommunen soll frühzeitig erfolgen. Der Aufenthalt in den Erstaufnahmeeinrichtungen sollte sechs Wochen nicht überschreiten.
- Es sind auf der Grundlage der EU-Aufnahmerichtlinie Mindeststandards zu entwickeln, die sowohl für die zentrale als auch für die dezentrale Unterbringung gelten. Eine Isolierung von Asylsuchenden in abgelegenen Unterkünften ist auszuschließen.
- Asylsuchende müssen spätestens nach einem halben Jahr auf dem freien Wohnungsmarkt untergebracht werden.
- Asylsuchende müssen auch nach ihrer Verteilung auf Kommunen Integrationsleistungen erhalten.
- Die Bedarfe von besonders schutzbedürftigen Menschen sind zu berücksichtigen, eine Unterbringung in Sammelunterkünften auszuschließen.
- Die Landesregierung sollte auf Grundlage von Mindeststandards und Leistungsvorgaben beim Betrieb von Gemeinschaftsunterkünften ein Controlling – System („Heim-TüV“) zur Einhaltung der Standards einrichten.
- Rechtliche und psycho-soziale Flüchtlingsberatung muss flächen-deckend angeboten bzw. finanziert werden. Das schließt die Neuaufgabe einer Verfahrensberatung in den Aufnahmeeinrichtungen ein.
- Das „Ausreisezentrum“ auf dem Gelände der LAB Braunschweig soll geschlossen werden.
- Auf der Grundlage der verkürzten Aufenthaltsdauer in der Aufnahme ist zu prüfen, ob weitere Landeseinrichtungen geschlossen werden können.
- Die von Kommunen gewährten Leistungen an Flüchtlinge müssen in tatsächlichem Umfang vom Land Niedersachsen erstattet werden.

- CDU** Wir stimmen Ihnen grundsätzlich zu, dass bereits die Aufnahme und die anfängliche Unterbringung von Asylsuchenden auf die erfolgreiche Integration auszurichten sind. Asylbewerberinnen und Asylbewerber wurden durch eine, in vielen Fällen mehrjährige, Unterbringung in Auffanglagern, ein diskriminierendes Gutscheinsystem sowie die Verweigerung von Partizipationsmöglichkeiten isoliert und ausgegrenzt. Diese Art der Asylpolitik muss grundlegend überdacht werden. [...]Die Verteilung der Flüchtlinge darf nicht allein durch eine Aufnahmequote bestimmt werden. Familiäre und persönliche Gründe, die bislang nur eine untergeordnete Rolle spielen, müssen bei der Entscheidung als wesentlicher Faktor einbezogen werden. Die alleinige Aufteilung über eine Quote führt hingegen zu Ausgrenzung und Isolation. [...]Ferner finden sich Asylbewerberinnen und Asylbewerber heute in vielen Fällen allein und ohne jeglichen Rückhalt in zentralen Unterbringungen wieder. Dies muss umgehend ein Ende haben. Insbesondere geben die teilweise mehrjährigen Asylverfahren einen triftigen Grund, die zentrale Unterbringung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern abzuschaffen. Dafür sprechen auch die durchweg positiven Ergebnisse, die mit der Auflösung des Aufnahmelagers Oldenburg erzielt wurden. Schließlich zeigt auch die Erfahrung in anderen Bundesländern, dass die dezentrale Unterbringung zur Entlastung der sozialen und psychischen Lage der Asylbewerber und zur Entspannung der finanziellen Lage der Kommunen führt. Hier muss Niedersachsen schnell ein flächendeckendes Gesamtkonzept vorlegen. [...]Andere Bundesländer, wie beispielsweise Bremen, sind Niedersachsen einen Schritt voraus. So dürfen sich Asylbewerberinnen und Asylbewerber in Bremen bereits nach einem Jahr frei eine Wohnung suchen. So wird ihnen schnell der Weg in einen normalen und gesellschaftlich integrierten Alltag ermöglicht. Niedersachsen muss sich solchen Möglichkeiten umgehend öffnen.
- SPD**
- FDP** Wir sind der Auffassung, dass Sprachunterricht möglichst frühzeitig erfolgen soll. Deshalb haben wir im Doppelhaushalt 2012/2013 auch zusätzliche Mittel für die Sprachförderung bereitgestellt. Wir sind der Meinung, dass die Asylsuchenden und die Aufnahmegesellschaft davon profitieren. Die FDP-Fraktion befürwortet auch eine gesetzliche Festschreibung von Mindeststandards für die Aufnahmeeinrichtungen und Unterkünfte.
- Grüne** Wir fordern frühzeitige dezentrale Unterbringung mit anständigen Sozialstandards und Berücksichtigung von besonders schutzbedürftigen Personen an Stelle von zentralen Flüchtlingseinrichtungen, die Isolation und Ausgrenzung fördern. Flüchtlinge brauchen kostenlosen und unbeschränkten Zugang zu allen staatlichen Hilfs- und Beratungsangeboten.
- Die Linke** Die Gemeinschaftsunterkünfte werden zugunsten integrativer Wohnmöglichkeiten aufgelöst.
- Piraten** Keine Aussage

Aufnahme von Flüchtlingen im Resettlement-Programm

Die Bundesregierung hat im Jahr 2012 beschlossen, ein eigenes Resettlement-Programm aufzulegen. Damit ist die Aufnahme von registrierten Flüchtlingen aus Drittstaaten auch in Deutschland zu einem festen Bestandteil der Flüchtlingshilfe geworden. Die Umsetzung der Aufnahme ist jedoch verbesserungswürdig.

Wir erwarten von einer neuen Landesregierung, dass sie

- sich bereit erklärt zur Aufnahme von jährlich 300 Flüchtlingen,
- sich dafür einsetzt, den aufgenommenen Flüchtlingen einen auf der Grundlage der Empfehlungen des UNHCR beruhenden Aufenthaltstitel zu gewähren,
- die Residenzpflicht/Pflicht zur Wohnsitznahme in Niedersachsen abschafft und den aufgenommenen Flüchtlingen somit Freizügigkeit gewährt,
- die Zivilgesellschaft, vor allem Einrichtungen der Flüchtlingshilfe, in Vorbereitung, Durchführung und Monitoring der Aufnahme einbindet.

Aufnahme von Asylsuchenden und Flüchtlingen aus EU-Mitgliedstaaten

In der innereuropäischen Flüchtlingspolitik wird zukünftig auch die Umverteilung von Asylsuchenden und anerkannten Flüchtlingen aus EU-Mitgliedstaaten (relocation) eine wichtigere Rolle spielen. Zwar lässt sich damit die unsägliche Verschiebung von Asylsuchenden im Rahmen des Dublin II-Abkommens nicht verhindern, die solidarische Übernahme von Verantwortung gegenüber Flüchtlingen ist jedoch Voraussetzung für eine humane Aufnahmepolitik der Europäischen Union. Auch Niedersachsen sollte bereit sein, sich diesen Fragen zu stellen.

Wir erwarten von einer neuen Landesregierung, dass sie

- sich bereit erklärt zur Aufnahme von jährlich 250 Asylsuchenden aus Mitgliedstaaten der EU,
- die Zivilgesellschaft, vor allem Einrichtungen der Flüchtlingshilfe, in Vorbereitung, Durchführung und Monitoring der Aufnahme einbindet.

CDU Keine Aussage

SPD Keine Aussage

FDP Keine Aussage

Grüne Resettlement-Programme sind auszuweiten. Die bisherigen Aufnahmezusagen und – modalitäten bleiben weit hinter den Bedürfnissen und Möglichkeiten zurück. [...] Vielerorts haben BürgerInnen im Rahmen der Save-Me-Kampagnen Zivilcourage und Aufnahmebereitschaft gezeigt. Das vorhandene Engagement muss zukünftig berücksichtigt und eingebunden werden.

Die Linke Keine Aussage

Piraten Keine Aussage

Umsetzung des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG)

Mit großer Erleichterung hat der Flüchtlingsrat Niedersachsen die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts aufgenommen, mit der die menschenunwürdige und somit verfassungswidrige Leistungsverweigerung gegenüber Asylsuchenden und geduldeten MigrantInnen korrigiert wurde. Dessen ungeachtet hat das Land Niedersachsen mit einer Reihe von Umsetzungsvorschriften weitere diskriminierende Sachverhalte geschaffen, die es gilt aufzuheben.

Wir erwarten von der neuen Landesregierung, dass sie

- im Tenor der vom BVerfG geforderten Anpassungen eine leistungrechtliche Gleichbehandlung von Asylsuchenden und geduldeten MigrantInnen mit SGB II- und SGB XII-Hilfeeempfängern umsetzt,
- in diesem Sinne Maßnahmen zur Beschäftigungsförderung – nachrangig – auch über § 7 AsylbLG ermöglicht,
- den Kommunen ermöglicht, Bargeldleistungen den Vorrang vor Sachleistungen zu geben,
- die medizinische Versorgung vollumfänglich gewährleistet und sich dafür einsetzt, dass die Krankenvorsorge für alle nach dem AsylbLG Leistungsberechtigten über die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) erfolgt.

- CDU** Wir stimmen Ihnen zu, dass die Leistungen für Asylbewerber zu erhöhen waren.
- Die Menschenwürde ist unantastbar und jedem Menschen steht dasselbe Recht zu. Dies gilt auch für das Recht auf die Gewährleistung des Existenzminimums. Gleich ob Deutscher, Migrant oder Flüchtling, die Gewähr des Existenzminimums darf nicht von der Staatsangehörigkeit abhängig gemacht werden. Allein
- SPD** durch eine Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes wird das Problem jedoch nicht gelöst. Menschen werden weiterhin ausgegrenzt. Deshalb gehört das Asylbewerberleistungsgesetz umgehend abgeschafft. Asylbewerberinnen und -bewerber sowie Flüchtlinge sollten vielmehr nicht anders behandelt werden als diejenigen, die regulär Sozialhilfe erhalten.
- FDP** Wir begrüßen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu den Leistungen für Asylbewerber [...] Eine umfangreiche medizinische Versorgung muss aus unserer Sicht sichergestellt sein.
- Das Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) muss abgeschafft werden. Das entlastet auch die Kommunen in finanzieller Hinsicht.
- Grüne** Wertgutscheine für AsylbewerberInnen müssen durch Bargeldauszahlung ersetzt und die medizinische Versorgung verbessert werden.
- Die Linke** Gutscheine werden durch Bargeldleistungen ersetzt.
- Piraten** Keine Aussage

Arbeit und Teilhabe für Flüchtlinge

Die gegenwärtige Integrations- und Förderpolitik des Landes Niedersachsen ist geprägt vom Grundsatz, dass Arbeitsmarktförderung und Integration von Flüchtlingen erst dann erfolgen sollen, wenn ein Aufenthaltstitel erlangt ist, der eine Perspektive auf einen Daueraufenthalt ermöglicht. Viele Flüchtlinge wurden deshalb über Jahre ausgegrenzt – mit schwerwiegenden Folgen für die Betroffenen und hohen Kosten für eine nachträgliche kompensatorische Förderung zur Wiedererlangung verlorener Kompetenzen.

Flüchtlinge müssen unabhängig vom Ausgang ihres Asylverfahrens oder vom Vorliegen sonstiger Aufenthaltsrechte frühzeitig die Chance erhalten, ihre Qualifikationen anwenden und ausbauen sowie am sozialen, politischen und kulturellen Leben teilhaben zu können. Asylsuchende müssen als „lernende“ Menschen begriffen werden, die unabhängig vom Aufenthaltsstatus ein Recht auf Selbstentfaltung und Selbstbestimmung haben.

Die neue Landesregierung soll

- im Rahmen einer Neuregelung der Zuständigkeiten die Aufgaben des Innenministeriums auf ordnungspolitische Zuständigkeiten beschränken,
- Asylsuchenden, Flüchtlingen mit humanitärem Aufenthaltsstatus und geduldeten Migrantinnen die Teilnahme an Integrationskursen und an Sprachkursen ermöglichen,
- Asylsuchende, Flüchtlinge mit humanitärem Aufenthaltsstatus und Geduldete ausdrücklich in Maßnahmen des Landes (z.B. in Programme des ESF) sowie in Angebote der Migrationsberatung und Integrationsförderung einbeziehen,
- sich für eine Abschaffung des § 11 BeschVerfV einsetzen und in einem ersten Schritt auf eine restriktive Anwendung dieses Arbeitsverbots drängen,
- Ko-Finanzierungsmittel in den Landeshaushalt einstellen, die eine Durchführung von Qualifizierungs-, Beratungs- und Unterstützungsangeboten für Asylsuchende, Flüchtlinge mit humanitärem Aufenthaltsstatus und geduldete MigrantInnen (z.B. aus dem ESF oder AMF) erleichtern bzw. ermöglichen.

[...] wollen wir erreichen, dass spätestens nach Ende des Erstaufnahmeverfahrens, sechs Monate nach der Ankunft in Deutschland, das Arbeitsverbot aufgehoben wird, um die Chancen auf eine dauerhafte Beschäftigung sowie einen dauerhaften Aufenthalt in Niedersachsen zu erhöhen. [...] Die CDU in Niedersachsen setzt sich dafür ein, dass Menschen mit Migrationshintergrund sowie Flüchtlinge mit Aufenthalts- und Bleiberecht schneller in der Gesellschaft und dem Arbeitsmarkt integriert werden. Neben Überlegungen zur Modifizierung des Zugangs zum Arbeitsmarkt sowie der Residenzpflicht werden wir prüfen, welche Bildungs- und Informationsangebote entwickelt und gefördert werden müssen, um die Integration voranzubringen. Mit der Stärkung des Standortes Friedland verbessern wir den Zugang zu Integrations- und Sprachkursen und bauen Hemmnisse für eine schnelle und erfolgreiche Integration schrittweise ab.

CDU

Der Zugang zum Arbeitsmarkt bleibt den meisten Flüchtlingen bislang noch immer verwehrt. Überdurchschnittlich hohe Hürden zwingen viele, Leistungen des Sozialstaates in Anspruch zu nehmen. Dabei bin ich der Überzeugung, dass Flüchtlinge ein Recht auf freien Zugang zum Arbeitsmarkt haben müssen, um uneingeschränkt an unserer Gesellschaft teilnehmen zu können.

SPD

Die auf Initiative der FDP-Fraktion eingeführten Deutschkurse für Asylbewerber sind bundesweit einmalig. Diesen Weg wollen wir weiter konsequent gehen und das Angebot intensivieren, denn die Sprache ist der Schlüssel zu einer gelungenen Integration.

FDP

Wir sind auch der Auffassung, dass Asylbewerber so früh wie möglich eine Arbeit aufnehmen können sollten. Die FDP-Fraktion setzt sich deshalb gegen Arbeitsverbote für Flüchtlinge ein. Wir schlagen für alle Asylbewerber und Flüchtlinge eine einjährige Phase der Vorrangprüfung vor. Danach muss der uneingeschränkte Zugang zum Arbeitsmarkt erfolgen.

Als Grüne fordern wir die inhaltliche und finanzielle Stärkung und Aufwertung des derzeitigen Integrationsministeriums. Vorbild für uns ist der entsprechende Ressortzuschnitt in Rheinland Pfalz. Eine Aufgabenteilung wie sie derzeit mit dem Innenministerium praktiziert wird, lehnen wir ab. AsylbewerberInnen und Geduldete gehören in die Verantwortung des Arbeits- und Sozialministeriums.

Grüne

Denn geduldete Personen dürfen nicht länger von Integrationsmaßnahmen ausgeschlossen werden. Integrations- und Sprachkurse müssen qualitativ aufgewertet und einem größeren Personenkreis zugänglich gemacht werden. Ausländerbehörden müssen endlich ihre Informations- und Beratungspflicht erfüllen, statt nur repressiv zu agieren. [...] Weitere Bausteine sind Maßnahmen des Landes, Migrationsberatung, Integrationsförderung und ein Zugang zum Arbeitsmarkt.

Die Link e

Das Arbeitsverbot und alle Aufenthaltsverbote für Flüchtlinge werden aufgehoben. Die kostenlosen Integrationskurse werden ausgeweitet. Gesetzlich garantierter ungehinderter Zugang zu allen Bildungseinrichtungen für alle hier lebenden Menschen

Piraten

[Wir wollen] den gleichberechtigten, barrierefreien Zugang zum Arbeitsmarkt [...], sowie Maßnahmen zur Weiterbildung, um die Integration auf dem Arbeitsmarkt zu erleichtern.

Residenzpflicht und Wohnverpflichtung

Flüchtlinge mit Aufenthaltsgestattung oder Duldung dürfen sich vorübergehend im Land Niedersachsen aufhalten, unterliegen jedoch einer Verpflichtung zur Wohnsitznahme in einer bestimmten Stadt oder Gemeinde. Auch Flüchtlinge mit einem subsidiären Schutz unterliegen regelmäßig Einschränkungen hinsichtlich der Wohnsitznahme.

Die neue Landesregierung soll

- dafür Sorge tragen, dass Flüchtlinge dort leben können, wo sie Arbeit haben, ein Studium oder eine Ausbildung/Qualifizierung beginnen können, oder wo Familienangehörige leben.
- sich dafür einsetzen, dass die „Reisefreiheit“ auf die an Niedersachsen grenzenden Bundesländer für Geduldete und Asylsuchende erweitert wird.

- CDU** Keine Aussage
- Mit dem Vorhaben, die Residenzpflicht für Asylbewerberinnen und Asylbewerber in Niedersachsen aufzuheben, kommt die Landesregierung endlich einer vor langer Zeit von der Opposition erhobenen Forderung nach. Die jahrelange Einschränkung der Bewegungsfreiheit war untragbar. Die in Verbindung mit der
- SPD** Aufnahmequote entstandenen familiären und persönlichen Probleme, wurden von den Betroffenen zu Recht als Schikane der Ausländerbehörden empfunden. Jedoch dürfen wir an dieser Stelle nicht stehen bleiben. Damit Asylbewerberinnen und Asylbewerber auch einer Arbeit nachgehen können, müssen weitere Hindernisse ausgeräumt werden.
- Bei der Residenzpflicht muss geprüft werden, ob die Pflicht zur Wohnsitznahme im Bezirk der zuständigen Ausländerbehörde die von uns erreichte Lockerung hinsichtlich der Bewegungsfreiheit im Land in ihrer positiven Wirkung begrenzt. Insbesondere im Hinblick auf die Arbeitssuche sollten unnötige Hemmnisse beseitigt werden. Wir befürworten auch Vereinbarungen mit weiteren Nachbarbundesländern.
- FDP**
- Grüne** Die Residenzpflicht muss abgeschafft werden.
- Mit dem Vorhaben die Residenzpflicht für Asylbewerberinnen und Asylbewerber in Niedersachsen aufzuheben, kommt die Landesregierung endlich einer vor langer Zeit von der Opposition erhobenen Forderung nach. Die jahrelange Einschränkung der Bewegungsfreiheit war untragbar. Die in Verbindung mit der
- Die Linke** Aufnahmequote entstandenen familiären und persönlichen Probleme, wurden von den Betroffenen zu Recht als Schikane der Ausländerbehörden empfunden. Jedoch dürfen wir an dieser Stelle nicht stehen bleiben. Damit Asylbewerberinnen und Asylbewerber auch einer Arbeit nachgehen können, müssen weitere Hindernisse ausgeräumt werden.
- Die Freiheit, Freizügigkeit und Selbstbestimmung eines jeden Menschen ist ein hohes Gut einer demokratischen Gesellschaft. Eine
- Piraten** Einschränkung der Wahl des Aufenthaltsortes ist nichts anderes als Inhaftierung in einem großflächigen Gefängnis und schränkt Flüchtlinge damit in ihrem Menschenrecht auf Freizügigkeit ein

Medizinische Hilfe für Menschen ohne Aufenthaltsrecht

Es gehört zu den Grundpfeilern der Sozialpolitik, den in Deutschland lebenden Menschen ein Leben in Würde zu ermöglichen. Dazu gehört auch die medizinische Hilfe im Krankheitsfall. Menschen ohne Papiere nehmen diese Hilfsangebote oftmals aus Angst vor Ausweisung und Abschiebung nicht wahr.

Wir erwarten von einer neuen Landesregierung, dass sie

- Menschen ohne Papiere meldeunabhängig den Zugang zur öffentlichen Gesundheitsfürsorge, insbesondere zur medizinischen Notfallversorgung, ermöglicht,
- diesbezügliche Angebote aus Mitteln des Landeshaushalts gefördert werden.

- CDU** Die Sicherung einer wohnortnahen und qualitativ hochwertigen medizinischen Versorgung ist ein Ziel der CDU für alle Menschen in Niedersachsen, ungeachtet ihrer Herkunft und ihres Aufenthaltsstatus. Dies gilt insbesondere für die Notfallversorgung, wenn Leib und Leben ernsthaft in Gefahr sind. [...] Es müssen hier nicht nur Verbände wie der Flüchtlingsrat, sondern auch Migrantenselbsthilfsorganisationen intensiv eingebunden werden, um Hemmnisse abzubauen.
- SPD** Zudem muss auch medizinische Hilfe unabhängig vom Aufenthaltstitel gewährt werden. Sie darf nicht länger nur in Ausnahmefällen stattfinden. Eine adäquate medizinische Versorgung ist ein Grundrecht, welches jedem Menschen zusteht.
- FDP** Die medizinische Notfallversorgung muss auch für Menschen ohne Aufenthaltsrecht sichergestellt sein.
- Grüne** Für illegalisierte Personen ohne Papiere sind die Menschenrechte auf Gesundheit, schulische Bildung und den Schutz vor Ausbeutung zu gewährleisten. [...] Medizinische Hilfen müssen sichergestellt werden.
- Die Linke** Keine Aussage
- Piraten** Keine Aussage

Unionsbürger in prekären sozialen Lagen angemessen unterstützen

Unionsbürger geraten aufgrund der in Niedersachsen praktizierten, europarechtlich fragwürdigen, vielfach rechtswidrigen Verweigerung jeglicher Sozialleistungen nach SGB II/XII häufig in extreme soziale Notlagen bis hin zur Obdachlosigkeit. Selbst Kranke, Kinder und Schwangere erhalten häufig keinerlei soziale oder medizinische Hilfen. Besonders oft trifft dies Menschen aus Rumänien und Bulgarien. Darunter sind viele Roma, die in ihren Herkunftsländern aufgrund staatlicher bzw. staatlich geduldeter Diskriminierungen keine Existenzmöglichkeiten haben und von Übergriffen Rechtsradikaler bedroht sind.

Eine neue Landesregierung soll sich dafür einsetzen, dass

- Unionsbürger eine fachlich qualifizierte sozial- und aufenthaltsrechtliche Beratung sowie konkrete Hilfen bei der Arbeitsuche und dem Aufbau einer selbstständigen Existenz erhalten,
- der Zugang von Unionsbürgern zu sozialen und medizinischen Hilfen unter Beachtung des Einzelfalls und der europarechtlichen Vorgaben sichergestellt wird.

- Daher werden wir die Anerkennung ausländischer Abschlüsse deutlich erleichtern, sowohl in den so genannten MINT-Fächern als auch in den sozialen Berufen. Wir werden zudem prüfen, wie insbesondere Maßnahmen zum Spracherwerb effektiver gestaltet werden und Sprachdefizite schnell abgebaut werden können.
- CDU**
- SPD** Keine Aussage
- FDP** Keine Aussage
- Grüne** Europarechtliche Standards sind einzuhalten. Sie brauchen Beratung und Hilfeleistungen.
- Die Linke** Keine Aussage
- Piraten** Keine Aussage

Humanitäres Bleiberecht

In Niedersachsen leben rund 12.000 Menschen mit einer Duldung, davon rund zwei Drittel länger als sechs Jahre. Die Praxis der „Kettenduldungen“ wurde trotz politischer Willensbekundungen nicht abgeschafft. Eine stichtags-unabhängige „Bleiberechtsregelung“ wird deshalb auch in der kommenden Legislaturperiode von Bedeutung sein. Unabhängig davon ist eine aufenthaltsrechtliche Besserstellung für geduldete Flüchtlinge z.B. aus dem Irak, Somalia, Afghanistan oder Palästina angezeigt.

Wir erwarten von der neuen Landesregierung, dass sie sich für ein humanitäres Aufenthaltsrecht einsetzt, das

- auch ein erfolgloses Bemühen um die Lebensunterhaltssicherung als positives Kriterium zur Erlangung des Bleiberechts definiert,
- auch Alte, Kranke und Traumatisierte unter Hinnahme des Bezugs öffentlicher Leistungen einbezieht,
- bestehende Ermessensspielräume nutzt, um Kettenduldungen zu vermeiden,
- den Ausländerbehörden die Möglichkeit einräumt, eine Verwurzelung von langjährig im Bundesgebiet lebenden Flüchtlingen entsprechend der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte zu prüfen und im Einzelfall ein Bleiberecht auszusprechen.

- CDU** Mit einer neuen Bundesratsinitiative wollen wir eine Regelung für langjährig geduldete Ausländer die sich erkennbar in unserer Gesellschaft integrieren wollen, („Fordern und Fördern“) schaffen. Ziel ist es gerade Ausländern mit ungeklärter Identität eine Perspektive aufzuzeigen, wenn sie sich deutlich bemühen ein Teil der Gesellschaft zu werden.
- SPD** Keine Aussage
- Niedersachsen hat eine Bundesratsinitiative für ein stichtagsunabhängiges Bleiberecht auf den Weg gebracht. Das ist ein großer liberaler Erfolg und freut uns ausdrücklich.[...] Wir halten es auch für wichtig, dass humanitäre Gesichtspunkte bei einer neuen Bleiberechtsregelung nicht zu kurz kommen. Es muss für Menschen, die zur (vollständigen) Sicherung ihres Lebensunterhalts, etwa wegen Krankheit oder Behinderung, nicht in der Lage sind, ebenfalls eine Möglichkeit des Bleiberechts geben.
- FDP**
- Wir wollen eine stichtagsunabhängige und humanitäre Bleiberechtsregelung, die auch Senioren, Kranke, Menschen mit Behinderung, Alleinerziehende und Traumatisierte erfasst. Kettenduldungen müssen endlich abgeschafft werden. Auch hier sind die Ausländerbehörden in der Beratungspflicht; Ermessensspielräume sind zugunsten der AntragstellerInnen zu nutzen.
- Grüne**
- Kettenduldungen werden abgeschafft. Stattdessen wird ein dauerhaftes Bleiberecht spätestens nach fünf Jahren Aufenthalt eingeführt. Entsprechend der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte werden ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger, die in Deutschland verwurzelt sind, nicht mehr abgeschoben.
- Die Linke**
- [..] wollen wir eine Erleichterung der Anforderungen für den Übergang in einen dauerhaften Aufenthaltsstatus. Hierbei ist die Situation von langjährig geduldeten Flüchtlingen und solchen Flüchtlingen, die ihren Lebensunterhalt nicht eigenständig sichern können, besonders zu berücksichtigen. Langfristig ist auf ein dauerhaftes Bleiberecht für geduldete Flüchtlinge, die sich länger als fünf Jahre in Deutschland aufhalten, hinarbeiten. [Wir wollen] eine Bleiberechtsregelung, die die gesamte Familie (inkl. Verwandte zweiten Grades) umfasst und die besondere Situation von Eltern und Kindern berücksichtigt. [Wir wollen] Eine umfassende Bleiberechtsregelung für langjährig Geduldete und Erleichterungen, die deutsche Staatsangehörigkeit zu erlangen.
- Piraten**

Lebenssituation junger Flüchtlinge

Mit der Einführung eines Bleiberechts für Jugendliche (§ 25a AufenthG) wurde ein erfreulicher Schritt unternommen, Migrationspolitik menschenfreundlicher zu gestalten. Die rechtliche und (verwaltungs-)praktische Umsetzung in Niedersachsen ist jedoch nach wie vor unzulänglich. Wenn Kopfnoten im Zeugnis oder jugendrichterliche Ermahnungen einen Ausschluss vom Bleiberecht bewirken, wird die eigentliche Absicht der Gesetzesänderung konterkariert. Ausländische Kinder müssen unabhängig vom Aufenthaltsstatus die gleichen Bildungs- und Teilhabechancen haben wie andere Kinder.

Von der neuen Landesregierung erwarten wir, dass

- die Ausschlussgründe für die Inanspruchnahme des Bleiberechts auf besonders schwerwiegende Rechtsverstöße beschränkt werden,
- sie deutlich klarstellt, dass die Einschränkung der Teilhabe von jungen Flüchtlingen am gesellschaftlichen Leben grundsätzlich kein Instrument zur Durchsetzung ordnungsrechtlicher Maßnahmen ist,
- jungen Flüchtlingen, die in Deutschland einen Schulabschluss erworben haben, eine Berufsausbildung ermöglicht wird,
- sie Ausländerbehörden anweist, grundsätzlich und regelmäßig alle Abfragen über Antragsteller nach § 25 a AufenthG ausschließlich in Kenntnis der Betroffenen durchzuführen und die befragten Stellen über Sinn und Zweck der Anfrage zu unterrichten,
- in den Schulen im Einzugsbereich von Landesaufnahmeeinrichtungen Sprachlernklassen für schulpflichtige Schüler/innen eingerichtet werden,
- die Altersgrenze für QuereinsteigerInnen in die allgemeinbildenden und beruflichen Schulen von 18 auf 25 Jahre angehoben wird,
- bei Bedarf integrationsfördernde Maßnahmen, wie etwa Sprachförderung, Schulsozialarbeit eingesetzt werden, um Integrationshemmnisse zu beseitigen,
- für junge Migrantinnen der Zugang zu Angeboten zum Nachholen von Schulabschlüssen ermöglicht und die Finanzierung der Kurs- und Fahrtkosten sichergestellt wird.

CDU Keine Aussage

SPD Keine Aussage

FDP Ich teile ihre Auffassung, dass wir als Gesellschaft eine Verantwortung für langjährig hier lebende und zum Teil hier geborene Flüchtlingskinder haben und dieses Potenzial als Chance begreifen sollten. Dementsprechend sollten gleiche Bildungs- und Teilhabechancen so früh wie möglich sichergestellt werden.

Grüne Keine Aussage

Die Linke Keine Aussage

Piraten Keine Aussage

UN-Kinderrechtskonvention umsetzen

Nach der Rücknahme des deutschen Vorbehaltes zur UN-Kinderrechtskonvention muss das Land Niedersachsen dieses Übereinkommen konkret umsetzen. Die Zurechnung des Verhaltens der Eltern bei der Prüfung des ausländerrechtlichen Arbeitsverbots hat zur Folge, dass ihre minderjährigen Kinder keine Ausbildung machen dürfen, und ist ein Verstoß gegen die Kinderschutzkonvention.

Die neue Landesregierung soll dafür Sorge tragen, dass

- alle unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge ein qualifiziertes Clearingverfahren durchlaufen,
- jede Maßnahme unterbleibt, Kinderflüchtlinge „älter“ zu machen,
- im Zweifelsfall das von den Betroffenen angegebene Alter Berücksichtigung findet,
- ein aus dem Verhalten der Eltern abgeleitetes Ausbildungs- und Arbeitsverbot (nach § 11 BeschVerfV) für minderjährige Flüchtlinge grundsätzlich untersagt wird,
- Mittel für Fortbildungsmaßnahmen bereit gestellt werden, in denen Vormünder auf ihre besondere Aufgabe vorbereitet werden,
- bei ordnungsrechtlichen Maßnahmen, die in die Rechte der Flüchtlingskinder eingreifen, vor allem bei Abschiebungen, die Jugendämter am Verfahren beteiligt werden, um das vorrangig zu berücksichtigende Wohl des Kindes zu gewährleisten.

CDU	Die CDU in Niedersachsen setzt sich dafür ein, unser Land stetig familien- und kinderfreundlich zu gestalten. Daher setzen wir uns dafür ein, Kinderrechte zu stärken und ihre Bildungschancen nachhaltig zu verbessern. [...] Einer Stärkung des Schutzes der Kinder stehen wir – dort wo es trotzdem noch geboten ist – grundsätzlich positiv gegenüber.
SPD	Wir wollen, dass sich der Schutzeffekt der Konvention voll entfalten kann. Wir wollen ein qualifiziertes Clearingverfahren. Zwangsweise Altersfeststellungen per Röntgenuntersuchung lehnen wir ab. Vormünder sind besser für ihre Aufgaben bei UMF zu qualifizieren. Das Kindeswohl muss immer im Vordergrund stehen.
FDP	Wir begrüßen die Rücknahme des ausländerrechtlichen Vorbehalts ausdrücklich. Damit gilt Art. 3 Abs. 1 der UN—KRK unbeschränkt, also bei allen Maßnahmen, die Kinder betreffen, gleichviel ob sie von öffentlichen oder privaten Einrichtungen der sozialen Fürsorge, Gerichten, Verwaltungsbehörden oder Gesetzgebungsorgan getroffen werden, ist das Wohl des Kindes vorrangig zu berücksichtigen. Dies muss aus unserer Sicht vor allem im Bereich der Abschiebungen sehr sorgfältig beachtet werden.
Grüne	Wir wollen, dass sich der Schutzeffekt der Konvention voll entfalten kann. Wir wollen ein qualifiziertes Clearingverfahren. Zwangsweise Altersfeststellungen per Röntgenuntersuchung lehnen wir ab. Vormünder sind besser für ihre Aufgaben bei UMF zu qualifizieren. Das Kindeswohl muss immer im Vordergrund stehen.
Die Linke	Keine Aussage
Piraten	Keine Aussage

Reform der Härtefallkommission (HFK)

In Niedersachsen leben gemessen an der Aufnahmequote weniger „Härtefälle“ als in allen anderen Bundesländern. Ein wesentlicher Grund ist die völlig unzureichende Härtefallverordnung und satzungsgemäße Ausstattung der Härtefallkommission.

Wir erwarten von der neuen Landesregierung, dass

- die Härtefallkommission im Sinne einer den Menschen zugewandten Arbeitsweise neu geordnet wird;
- die Zuständigkeit/der Vorsitz dem Innenministerium entzogen und dem Justiz-, Sozial-, oder Integrationsministerium übertragen wird,
- Flüchtlingsorganisationen angemessen an der HFK beteiligt werden,
- der Bezug öffentlicher Mittel unschädlich für die Anerkennung ist,
- Zulassungsbeschränkungen entfallen, vor allem die Nichtannahme eines Antrags, wenn ein Termin für eine Abschiebung bereits feststeht.

- CDU** Keine Aussage
- Eine SPD-geführte Landesregierung wird es sich zur Aufgabe machen, die Härtefallkommission schnellstmöglich zu reformieren. Sie wird darüber hinaus Flüchtlingsverbänden eine stärkere Teilhabe ermöglichen. Den Vorsitz der Härtefallkommission wird nicht mehr
- SPD** der Innenminister innehaben, welcher derzeit eine Art Veto-Recht besitzt. Vielmehr würde ich im Falle des Wahlsiegs als Integrationsbeauftragte diese Rolle übernehmen. Prozedural würden zunächst Entscheidungen innerhalb der Härtefallkommission mit einer einfachen Mehrheit entschieden werden.
- Die FDP-Fraktion hat sich bei der Novellierung der Verordnung eine weitergehende Liberalisierung gewünscht – insbesondere bei den Nichtannahmegründen (Kirchenasyl, feststehen der
- FDP** Abschiebungstermin) sowie den Abstimmungsmodalitäten. [...] Wir werden die Arbeit der Kommission unter dem neuen Regelwerk nun aufmerksam verfolgen, analysieren und die praktischen Auswirkungen der Verordnung weiter kritisch hinterfragen und weitere Änderungen anmahnen.
- Die zahlreichen Ausschluss- und Nichtannahmegründe sind zu streichen. [...] Hier wie auch beim Bleiberecht gilt, dass keine unangemessenen Anforderungen an die Mitwirkungspflichten der Betroffenen gestellt werden dürfen. Der Blick ist auf Gegenwart und Zukunft zu richten und abgelegtes Täuschungsverhalten nicht nachzutragen.
- Grüne**
- Die Härtefallkommission bekommt ein durch einfache Mehrheit
- Die** zustande kommendes aufschiebendes Vetorecht gegenüber
- Linke** Abschiebungen. Die Voraussetzungen für Eingaben an die Härtefallkommission werden abgesenkt.
- Piraten** Keine Aussage

Mitwirkungshandlungen im Verwaltungsverfahren

Die grundsätzliche Mitwirkungspflicht von Ausländer/innen ergibt sich aus dem Aufenthaltsgesetz, in vielen Fällen können aber Flüchtlinge nicht in dem Maße der Mitwirkungspflicht nachkommen, wie dies von Ausländerbehörden verlangt wird. Die Folge sind unverhältnismäßige Sanktionsmaßnahmen (Arbeitsverbote, Leistungskürzungen).

Die neue Landesregierung soll deshalb vor allem darauf hinwirken, dass

- die Ausländerbehörden ihrer Verpflichtung nachkommen, nachprüfbar zu formulieren, welche konkreten Mitwirkungshandlungen in welcher Weise gefordert werden,
- Regelungen geschaffen werden, die festlegen, welche Mitwirkungshandlungen als unzumutbar gelten und wann Hindernisse bei der Identitätsklärung als nicht von den Flüchtlingen vertretbar gelten;
- zurückliegende Vorwürfe der mangelnden Mitwirkung/Täuschung keine negative Konsequenzen haben, wenn die Betroffenen inzwischen kooperieren;
- eine Beweislastumkehr erfolgt, also die Ausländerbehörden nachweisen müssen, dass Täuschung und mangelnde Mitwirkung vorliegen.

CDU	Die CDU wird wohlwollend prüfen, ob kooperatives Verhalten stärker gewichtet werden kann. Dies geht einher mit einer Bundesratsinitiative, die eine dauerhafte Bleiberechtperspektive für Personen mit besonderen Integrationsleistungen zum Ziel hat.
SPD	Keine Aussage
FDP	Keine Aussage
Grüne	Keine Aussage
Die Linke	Keine Aussage
Piraten	Keine Aussage

Abschiebungshaft

Der Flüchtlingsrat Niedersachsen lehnt die Verhängung von Abschiebungshaft grundsätzlich ab. Schon auf der gegenwärtigen Rechtslage (§ 62 Abs. 1 AufenthG in der Fassung vom 22. November 2011) ist Abschiebungshaft unzulässig, wenn der Zweck der Haft durch ein milderer Mittel erreicht werden kann. Als Maßnahme zur Sicherung von Verwaltungshandeln darf sie die grundrechtlich geschützte Handlungsfreiheit des Einzelnen nicht unverhältnismäßig einschränken, tut im Ergebnis aber genau das. Etwa ein Drittel aller Haftbeschlüsse in Niedersachsen waren in der Vergangenheit rechtswidrig.

Die künftige Landesregierung soll

- dem Beispiel Schleswig-Holsteins folgend das Instrument der Abschiebungshaft abschaffen,
- als Sofortmaßnahme polizei- und behördenunabhängige anwaltliche, soziale und medizinische Betreuung der Inhaftierten vollumfänglich zulassen und ein entsprechendes Beratungsangebot finanzieren,
- als Sofortmaßnahme die Ausländerbehörden verpflichten, Abschiebungen grundsätzlich aus der Freiheit vorzunehmen.

Abschiebungen

Flüchtlinge haben ein Recht auf eine menschenwürdige Behandlung. Oft werden Abschiebungen in Niedersachsen überfallartig und im Morgengrauen durchgeführt. Immer wieder kommt es vor, dass die Kernfamilie (Vater, Mutter, minderjährige Kinder) bei Abschiebungen auseinander gerissen wird, und dass Schwerkranke und Alte von ihren Angehörigen getrennt und in ihr Herkunftsland abgeschoben werden.

Die Landesregierung soll

- die Ausländerbehörden verpflichten, Abschiebungen grundsätzlich aus der Freiheit vorzunehmen. Dazu gehört auch, dass Betroffene rechtzeitig über die beabsichtigte Aufenthaltsbeendigung informiert werden, um sich auf ihre Ausreise vorbereiten oder auch Rechtsmittel einlegen zu können,
- untersagen, dass eine Trennung von Familien durch Abschiebungen erfolgt,
- zur Heilung bisheriger Familientrennungen im Rahmen des § 22 AufenthG (oder anderer rechtlicher Grundlagen) den abgeschobenen Familienmitgliedern eine Rückkehr nach Niedersachsen zu ermöglichen,
- zur Gewährleistung von Rechtssicherheit festlegen, dass Dublin II – Bescheide spätestens 2 Wochen vor dem Vollzug der Abschiebung zugestellt werden.

CDU Keine Aussage

SPD Keine Aussage

FDP Mit dem Instrument der Abschiebungshaft muss aus unserer Sicht besonders vorsichtig und sorgfältig umgegangen werden. [...] Wir sehen vor diesem Hintergrund auch die geplante Änderung der Aufnahmerichtlinie der EU für Flüchtlinge sehr kritisch.

Grüne Die niedersächsische Abschiebungspraxis ist menschenunwürdig. Sie muss korrigiert und die Abschiebungshaft abgeschafft werden. Bis zu ihrer Abschaffung ist die Abschiebungspraxis durch verschiedene Sofortmaßnahmen zu entschärfen, [...]

Die Linke Abschaffung der Abschiebehaft

Piraten Wir setzen uns für eine generelle Aussetzung von Abschiebungen und Abschiebehaft ein, soweit es die rechtlichen Befugnisse des Landes zulassen.[Wir wollen] ein generelles Ende der Praxis der Abschiebehaft, gerade bei Minderjährigen.

CDU Keine Aussage

SPD Die häufig rigorose Abschiebep Praxis muss umgehend beendet werden. [...] Eine Abschiebungsbeobachtung durch eine zivilgesellschaftliche Organisation, wie sie derzeit schon an den Flughäfen in Frankfurt und Düsseldorf praktiziert wird, wäre ein erster Schritt in die richtige Richtung. Darüber hinaus sollte jedem Bedürftigen eine kostenlose Rechtsberatung in der Landes- bzw. Muttersprache zur Verfügung gestellt werden. Es sollte über angemessene Ausreisefristen nachgedacht und mit entsprechenden Vertretern verhandelt werden. Abschiebungen in Nacht- und Nebel-Aktionen sind untragbar. [...] Für Familien, die offensichtlich fest in Niedersachsen verwurzelt sind, ist eine Abschiebung nicht zumutbar. Der harte Umgang mit Flüchtlingen in Niedersachsen muss ein Ende haben, es darf keine Familientrennungen mehr geben.

FDP Die FDP-Fraktion hält das Trennen von Familien im Zuge von Abschiebungen für inakzeptabel. Dies muss in jedem Fall vermieden werden. [...] Ebenso sollten keine Abschiebungen mehr zur Nachtzeit erfolgen, da sie eine zusätzliche Belastung darstellen.

Grüne Die niedersächsische Abschiebungspraxis ist menschenunwürdig. Sie muss korrigiert ... werden.

Die Linke Abschiebungen minderjähriger Kinder und ihrer Familien werden grundsätzlich ausgeschlossen.

Piraten Wir setzen uns für eine generelle Aussetzung von Abschiebungen und Abschiebehaft ein, soweit es die rechtlichen Befugnisse des Landes zulassen. Ein generelles Ende der Praxis der Abschiebehaft, gerade bei Minderjährigen.

Strukturen zur Förderung des zivilgesellschaftlichen Engagements stärken

Keine Regierung kann auf zivilgesellschaftliches Engagement verzichten. Sie wird deshalb auch bemüht sein müssen, bestehende Strukturen des professionellen und bürgerschaftlichen Engagements zu stärken. Dennoch hat sich das Land Niedersachsen in den letzten Jahren nahezu vollständig aus der Finanzierung des zivilgesellschaftlichen Engagements in der Flüchtlingshilfe zurückgezogen.

Wir erwarten von einer neuen Landesregierung, dass

- sie die niedersächsische Integrationskommission aufwertet und eine mehrheitliche Beschlussfassung ermöglicht,
- landesweite Organisationen und Vereine der Flüchtlingshilfe institutionell gefördert werden,
- in den Erstaufnahmeeinrichtungen eine Verfahrensberatung eingerichtet und finanziert wird,
- in allen Landeseinrichtungen für Flüchtlinge ein unabhängiges Beratungsangebot zum Bestandteil des Betriebskonzeptes gemacht wird,
- Hilfeangebote für besonders Schutzbedürftige, wie etwa traumatisierte Flüchtlinge, gefördert werden,
- Beratungsangebote für Abschiebungshäftlinge geschaffen werden.

- CDU** Sofern bestehende Angebote ausgebaut bzw. weiterentwickelt werden müssen, werden wir Vorschläge von Verbänden und Selbsthilfeorganisationen angemessen in unsere Beratungen einfließen lassen.
- SPD** Keine Aussage
- Wir haben uns bereits mit unserem Positionspapier zur Asyl- und Ausländerpolitik für ein umfassendes Hilfe- und Informationsangebot für Abschiebungshäftlinge ausgesprochen. Wirksamer Zugang zu Rechtsmitteln ist Grundvoraussetzung für die Teilhabe am Rechtsstaat. Diesem hohen Stellenwert ist durch gezielte Bereitstellung der notwendigen Informationen seitens der Behörden Rechnung zu tragen.
- FDP** Die Förderung von Hilfeangeboten, zum Beispiel für traumatisierte Flüchtlinge, ist aus unserer Sicht wünschenswert, [...]
- Wir fordern die Stärkung der Integrationskommission im Landtag und die Aufwertung des Integrationsbeirates.
- Migrantenselbstorganisationen müssen stärker als bisher finanziell gefördert werden, denn sie haben eine wichtige Brückenfunktion. Die Flüchtlingssozialarbeit ist langfristig finanziell zu sichern. Flüchtlinge brauchen kostenlosen und unbeschränkten Zugang zu allen staatlichen Hilfs- und Beratungsangeboten. Insbesondere Hilfsangebote für Traumatisierte sind finanziell zu fördern. Deshalb setzen wir uns für die finanzielle Unterstützung des Netzwerks für Traumatisierte Flüchtlinge Niedersachsen ein.
- Grüne** Flächendeckend werden unabhängige Beratungsstellen für ausländische Flüchtlinge eingerichtet. Außerparlamentarische Initiativen, die eine humane Flüchtlingspolitik zum Ziel haben, werden institutionell gefördert. Außerparlamentarische Initiativen, die eine humane Flüchtlingspolitik zum Ziel haben, werden institutionell gefördert.
- Die Linke**
- Piraten** Keine Aussage